



HESSISCHER LANDTAG

Kleine Anfrage

Dirk Gaw (AfD), Klaus Herrmann (AfD)

Akute Gefahr terroristischer Anschläge in Deutschland. Lage in Hessen? Teil II

Vorbemerkung Fragesteller:

Seit Ende Oktober wird die drohende Gefahr eines Terroranschlags in Europa und Deutschland ernsthaft diskutiert.

Es ist davon auszugehen, dass ausländische Geheimdienste deutsche Behörden bezüglich eines geplanten Terroranschlags warnten und dieser mithin verhindert werden können. Das SEK in Duisburg nahm einen Terrorverdächtigen deshalb fest. Es soll Hinweise geben, dass ein Anschlag auf eine Pro-Israel-Kundgebung in Nordrhein-Westfalen stattfinden sollte. Der Festgenommene steht im Verdacht geplant zu haben, mit einem Laster in eine Menschenmenge während einer Demonstration zu fahren. Dies erinnert vom Tathergang an den schockierenden Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz während des Weihnachtsmarktes im Dezember 2016 und an den verheerenden Anschlag, der sich an der Uferpromenade in Nizza ereignete, im Juli 2016.

Thüringens Innenminister G. Maier äußert sich wegen der Meldungen aus Duisburg alarmiert und mahnt, dass aus abstrakten Gefährdungslagen sehr schnell konkrete Gefahrensituationen werden können. Außerdem fügt der Politiker hinzu, dass er speziell Weihnachtsmärkte als potenzielle Angriffsziele wertet. Der Vollständigkeit gemäß soll nicht unerwähnt bleiben, dass es im Zeitraum vom 22.10.23 bis etwa 28.10.23 zu mehreren Bombendrohungen bundesweit kam, u.a. in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Betroffen waren Schulen, die Zentrale des ZDF, ein Museum sowie Behörden. Am 29.10.2023 wurde eine Bombendrohung für den Hauptbahnhof Wiesbaden vermeldet, die zu erheblichen Störungen und Verzögerungen des Bahnverkehrs führte. Der Bahnhof musste mehrere Stunden gesperrt werden. Die Drohung erfolgte via Telefon bei der Polizei.

Zudem kam es in Coburg am 07.11.2023 zu einer Bombendrohung an einer Schule durch Unbekannte.

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen finden zur Sicherung von Volksfesten und Weihnachtsmärkten bereits jetzt statt und welche Städte sind davon betroffen?
2. Welche zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen neben den LKW-Barrieren werden in Betracht gezogen?
3. Werden polizeiliche Vorkontrollen geprüft, wenn nein, warum nicht?
4. Welche Kosten verursachen die (zusätzlichen) Sicherheitsmaßnahmen rund um die Weihnachtsmärkte in Hessen?
5. Wenn die Kommunen eigenständig über die Wahl der Mittel zur Sicherung Ihrer Volksfeste und Weihnachtsmärkte entscheiden, warum stimmt man sich nicht hessenweit zur Sicherung gegen Terrorangriffe ab?

6. Gibt es ein hessenweites Sicherheitskonzept zum Umgang mit Gefahren rund um Volksfeste, Weihnachtsmärkte und Straßenkarneval (Stichwort: Amokfahrt Volkmarsen)?
7. Wird der polizeiliche Kräfteansatz für die Weihnachtsmärkte grundsätzlich erhöht? Falls nein, warum nicht?

Wiesbaden, den 14. November 2023



(Dirk Gaw)



(Klaus Herrmann)